VEREINIGTE DEUTSCHE STUDENTENSCHAFTEN

8. ordentliche Mitgliederversammlung der V D S 1 9 8 3

Antragssteller: Asta Universität Hamburg, Universität Hannover

Antragsnummer: 1,1

Kurztitel: Arbeitsprogramm (Entwurf) 1983

VDS - ARBEITSPROGRAMM

1983

ENTWURF

Antragsteller: AStA Uni Hamburg, AStA Uni Hannover

Gliederung:

I. Die Lage nach der Bundestagswahl

1. Nach dem 6.3.83 - alle Kraft gegen rechts!
2. Aufgaben und Funktion der verfaßten Studentenschaft und der VDS
3. Die sozialökonomische Wende: Krisenverschärfung durch Umverteilung
4. Bafög-Kahlschlag und Studiengebühren - die Vorreiter der "Amerikanisierung".
5. Die Raketenstationierung politisch undurchführbar machen!
6. Aktionen 1983 - für einen bundesweiten Streik im Wintersemester!
7. Bündnispolitik der VDS

II. Forderungen der VDS

III. Arbeitsbereiche der VDS-Politik

1. Gegen die Wende nach rechts in der Hochschulpolitik
2. Gegen Stationierung der US-Mittelstreckenraketen
3. Internationalismus
4. Frauenpolitik
5. Demokratische Rechte
6. Antifaschismus

Vorbemerkung zum Entwurf eines VDS-Aktionsprogrammes

Das im Folgenden von einigen Asten vorgelegte VDS-Aktionsprogramm bemüht sich darum, zweierlei Gesichtspunkten Rechnung zu tragen:

- Zum ersten und wichtigsten ist es ein Versuch, Konsequenzen aus der u.E. qualitativ neuen Lage nach der festen Installierung der Rechtsregierung zu ziehen. Diese Lage erfordert unserer Meinung nach eigenständige besondere Akzentsetzungen der Arbeit der VDS, bedeutet nicht allein verstärkte Aktivitäten, sondern vor allen Dingen den verstärkten Auftrag, sich um die Masse der Studenten, deren Interessenvertretung in der Aktion zu kümmern und sie weniger denn je dem Wirken der Reaktion und der Regierung des Rechtsblocks zu überlassen.
- Darüberhinaus haben wir uns bemüht, ans VDS-Aktionsprogramm von 1982 anzuknüpfen, es z.T. wörtlich übernommen, weil wir den Eindruck haben, daß es sich in der Arbeit der VDS im großen und ganzen bewährt hat, und weil es auf der letzten MV von einer breiten Mehrheit getragen wurde. Solche Punkte sind im einzelnen deutlich gemacht, sie betreffen vor allen Dingen grundsätzliche Forderungen und die Arbeitsbestimmungen für einzelne Bereiche.

Es wurde sich bemüht, das Programm übersichtlich und verständlich zu gestalten. Zwar wurde auf der letzten Mitgliederversammlung Einverständnis erzielt, keine formalen Richtlinien an die Erstellung des Programms anzulegen. Aber wir haben uns bemüht, dem damals vorgetragenen Ansinnen der Juso-Hochschulgruppen - das VDS-Arbeitsprogramm möge auf höchstens 20 Seiten begrenzt werden - insofern Rechnung zu tragen, als daß dieses Arbeitsprogramm übersichtlich und nicht allzu lang gestaltet wurde.

Besonders im Einführungsteil I haben wir uns bemüht, die mit der Installierung der Regierung des Rechtsblocks grundsätzlich veränderten Kampfbedingungen einzuschätzen und allgemeine sowie besonders wichtige einzelne Konsequenzen zu benennen.

II faßt das Forderungsprogramm der VDS in kompakter Form zusammen.

III enthält mehr Arbeitsaufträge und Handlungsanweisungen im einzelnen.

*A. 1: Nach dem 6.3.83 - Alle Kraft gegen rechts!

Mit dem Wahlergebnis vom 6.3. ist die reaktionäre "Wende" auf Ebene der Regierungsbildung für die Bundesrepublik vorerst abgeschlossen, und damit sind für die Rechten günstigere Voraussetzungen geschaffen, sie in allen gesellschaftlichen Bereichen zu forcieren.

Damit ist endgültig eine qualitativ neue Lage für die Lebensbedingungen der Bevölkerung und der Studenten der Bundesrepublik, für die Kampfbedingungen der demokratischen Bewegung entstanden. Diese Lage macht eine völlige Neueinstellung für alle Auseinandersetzungen, auch für die demokratische Studentenbewegung erforderlich. In allen entscheidenden Bereichen wird der an der Regierung befindliche Rechtsblock die Schrauben weiter anziehen: Trotz anders lautender Propaganda wird die systematische Senkung der Massenkaufkraft, werden Rationalisierungsinvestitionen und anhaltenden Strukturkrisen die Arbeitslosigkeit verschärfen; die Angriffe auf die soziale Sicherung werden zunehmen, das Bildungsprivileg wird weiter verfestigt werden, Frauen werden durch die schlechteren Arbeitsmöglichkeiten und durch reaktionäre "Heim- und Herd-Ideologie" in ihren erkämpften Rechten massiver bedroht; vor allem Aufrüstung und besonders Raketenstationierung werden mit noch mehr Entschiedenheit angegangen als bisher.

Zusammengenommen und in Verbindung mit den schon sichtbaren Konturen eines weiteren Abbaus demokratischer Rechte machen alle diese Punkte eine neue Qualität rechter Regierungspolitik und der politischen Lage aus.

Die Hauptursache für die neue Lage ist die Notwendigkeit für die herrschenden Kapitalkreise, die Krisenbewältigung in ihrem Interesse reibungsloser "in den Griff zu bekommen", die nötigen Anpassungen der Existenzbedingungen des bundesdeutschen Kapitalismus an die 80er Jahre auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung wie der Mehrheit der Bevölkerung überhaupt - einheitlicher und geschlossener von Regierungsseite aus abzusichern und durchzusetzen. Darüberhinaus verspricht die Regierung des Rechtsblocks die Durchführung der Stationierung der neuen US-Raketen mit weniger inneren Widersprüchen als die bisherige SPD/FDP-Regierung. Es ist keine Einschränkung der Analyse der Lage als neue Qualität, wenn man feststellt, daß die Politik der SPD/FDP-Regierung in den letzten Jahren dieser Entwicklung den Boden bereitet hat, durch systematische Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses nach rechts, durch Entzug der eigenen sozialen und politischen Basis insbesondere der SPD.

Wie stellt sich die neue Lage aus Sicht der fortschrittlichen Kräfte dar?

Im Gegensatz zu den großen Anti-Strauß-Bewegungen 1980 hat es im Winter 82/83 keine vergleichbar großen anti-rechts-Bewegungen gegeben - sieht man einmal von der ersten Empörung nach dem Regierungssturz und vor allem der Demonstration am 4.12. ab.

Die regionalen DGB-Demonstrationen im Herbst und zahlreiche örtliche und betriebliche Arbeiteraktionen zeigen deutlich Ansätze und potentielle Möglichkeiten von Gegenwehr gegen den Rechtskurs auch in der Arbeiterklasse. Diese Ansätze sind aber von den Gewerkschaften nicht konsequent aufgegriffen worden.

Der Wahlsieg der CDU/CSU und der FDP ist durch ihre Zusage für eine wirtschaftspolitische Besserung zustande gekommen. Für die Masse der Bevölkerung war keine linke Alternative zur Propaganda "alle müssen verzichten, damit der Aufschwung kommt" erkennbar. Insbesondere ist eine solche Alternative nicht Gegenstand realer Massenkämpfe, etwa durch den DGB geführt, gewesen. Im Gegenteil hat das Verhalten der DGB-Führung, z.B. die erstmalige Durchführung von Spitzengesprächen mit Unternehmervertretern ausgerechnet unter einer CDU-Regierung, die scheinbare Logik der CDU/CSU/FDP-Wirtschaftspolitik nur bestätigt.

So kommt im Wahlergebnis und in der neuentstandenen Lage vor allem zum Ausdruck, daß die Bevölkerung, insbesondere große Teile der Arbeiterklasse, zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme weniger auf die eigene Kraft vertraut, als darauf, die Vertretung der eigenen Interessen, insbesondere an der Sicherung der Arbeitsplätze, an Rechtsregierung und "die Wirtschaft" und ihre Selbstheilungskräfte "zu delegieren".

Will der Kampf der demokratischen Kräfte das durchbrechen und Ansätze für eine Wende nach links herbeiführen, so ist offensichtlich, daß diese Haltung der Bevölkerungsmehrheit, insbesondere in der Arbeiterklasse, überwunden werden muß. An die Stelle des Vertrauens in "die da oben", in "Wirtschaft und Politik" muß das Vertrauen in die eigene Kraft treten. Solches ist nur in den Kämpfen für die eigenen Interessen und für eine konkrete Alternative vor allem zur herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln.

Gerade in diesem Zusammenhang muß jedoch betont werden, daß zur politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik auch im Jahre 1983 gerade die Existenz und das Wirken großer außerparlamentarischer Bewegungen gehört. Diese Bewegungen haben in den letzten Jahren mehr denn je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik gezeigt, daß andere Reaktionen auf die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus, nämlich die Verstärkung der eigenen Aktivität und der Gegenwehr, möglich sind. Parlamentarischer Ausdruck dieser Situation - und auch das ist eine neue Qualität - ist auch die Vertretung der Grünen Partei im Bundestag.

Zugleich läßt die Stärke der außerparlamentarischen Bewegung und ihre Auswirkungen in den Wahlen ihre offensichtliche Schwäche nicht übersehen:

Lediglich das Aufgreifen von Marginalisierung, Bewegungen vor allen Dingen von Mittelschichten - dabei darf die demokratische Bewegung nicht stehen bleiben.

Erforderlich für die demokratische Bewegung ist eine Linie, auf der sich das eigene Handeln, der Widerstand für die Masse der Bevölkerung, insbesondere für die Arbeiterklasse entwickeln läßt.

Eine Linie, auf der die Berücksichtigung der eigenen Interessen, insbesondere das Interesse am Arbeitsplatz, mit Gegenwehr identisch ist.

Jetzt ist für viele Menschen die Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen offensichtlich gleichbedeutend mit deren Delegation an die Herrschenden.

Die Friedensfrage und die Wirtschaftsprobleme, vor allem die Arbeitslosigkeit sind beides existenzielle Probleme. Zu den sozialen Probleme gibt es aber keine der Friedensbewegung vergleichbare außerparlamentarische Bewegung. Die objektiven Zusammenhänge zwischen beiden Problemen, die politische Ausstrahlungskraft der Friedensbewegung müssen stärker für die Entwicklung auch sozialer Auseinandersetzungen genutzt werden. Soziale Probleme müssen deshalb als Zugang auch zum Friedenskampf erschlossen werden.

Das entspricht auch den objektiven Zusammenhängen, der krisenverstärkenden Wirkung der Hochrüstung und der Rüstungskosten, der Einheit von verschärfter Aufrüstung, Abbau sozialer und demokratischer Rechte in der Politik der Rechtswende. Eine geschlossene Antwort auf die Herangehensweise der Herrschenden ist erforderlich, "Arbeitsplätze und Bildung statt Raketen" ist eine programmatische Losung dafür, ist mehr als ein Schlagwort.

Eine solche Herangehensweise ist nur dann möglich, wenn

- die Entfaltung von Widerstand an den elementaren Interessen der Betroffenen ansetzt, wenn die Haltung des Abtretens von Interessen und ihrer Vertretung schon im Alltag durch alltägliche Gegenwehr durchbrochen werden soll.
- Die Entwicklung von Widerstand erfordert ein klares Konzept von Gegenforderungen gegen die "herrschende Logik" in der Wirtschafts- und Sozialpolitik - in erster Linie dürfte es sich um die Verteidigung alter Reformpositionen handeln, ohne daß die demokratische Bewegung dabei stehen bleiben darf.
- Nötig für die praktische Realisierung des Widerstandes, für die Gewinnung einer eigenen kämpferischen Identität der Arbeiterklasse, und die individuelle Entwicklung von Bereitschaft zur Gegenwehr ist die stärkere Durchführung von Aktionen, insbesondere von Aktionen zu den eigenen unmittelbar brennenden Interessen.
- Bei all dem muß das breiteste gesellschaftliche Bündnis, das auf solchen Positionen erreicht werden kann, angestrebt werden.
- Zuguterletzt erfordert die Entwicklung von Widerstand eine klare Stoßrichtung gegen rechts, die sich mit einer klaren Losung "Arbeitsplätze und Bildung statt Raketen" verbinden muß.

Die Aktionen von VDS und KdLSV gegen die Liquidierung des Bafög, insbesondere die Demonstration am 4.12. war ein politischer Erfolg, weil diese Bedingungen weitgehend verwirklicht waren. Das Herangehen an diese Demonstration ist deswegen exemplarisch und weitestgehend Richtschnur für die weitere Arbeit der demokratischen Studentenbewegung und den VDS.

2. Aufgaben und Funktion der Verfaßten Studentenschaft und der VDS

Nicht erst mit der Demonstration am 4.12. 82 wurde die große Kontinuität in der Aktionstätigkeit der Studentenbewegung deutlich. Schon das Münsteraner Urteil war für die letzte vds-Mitgliederversammlung Anlaß, einheitlich zu konstatieren, daß die organisierte Interessenvertretung durch die Verfaßte Studentenschaft und den vds der herrschenden Justiz und Politik ein Dorn im Auge ist, die Angriffe auf die Liquidierung eben dieser Interessenvertretung und Politik zielten (vgl. Arbeitsprogramm 1982).

Bedingung für die relativ hohe Kontinuität der Studentenbewegung über die Jahre war immer das Ansetzen an den unmittelbar bestehenden und nachvollziehbar bestehenden Interessen der Studenten selber; sowie in den letzten Jahren verstärkt die Verbindung des Eintretens für diese Interessen mit umfassenderen politischen Auseinandersetzungen, sowie mit anderen außerparlamentarischen Bewegungen.

Dabei wird an der Durchführung der Demonstration am 4.12., wie der Bafög-Kampagne überhaupt, eine Besonderheit der Studentenbewegung und der Politik der Verfaßten Studentenschaft und der vds exemplarisch deutlich: Die Politik der vds und der Studentenbewegung ist diejenige, die unter den außerparlamentarischen Bewegungen am weitestgehenden außerparlamentarische Aktionen mit der materiellen und politischen Interessenvertretung verbindet.

Dieser Faktor bekommt unter Krisenbedingungen verstärkte Bedeutung, unter der neuen Qualität der Rechtsregierung ist seine Bewahrung von existenzieller Bedeutung für Studentenbewegung und Verfaßte Studentenschaft. Interessenvertretung als ständische Interessenvertretung à la RCDS ist unter den Bedingungen der Herrschaft des großen Kapitals und der Massenuniversität weniger möglich. Durch den in der Krise für die Herrschenden geringer werdenden materiellen Spielraum ist eine nichtkämpferische Interessenvertretung auch als Schein noch weniger aufrechtzuerhalten. Zugleich wächst jedoch der Anpassungsdruck. Paradebeispiel für die Reaktion der Rechten auf diese Situation ist der "demokratische Dialog" des RCDS, der nichts anderes als die organisierte Abtretung der Interessen an die Herrschenden - zumal die Unionspolitiker - an die Stelle eigenen Handelns stellen sollen.

Die Linie der Studentenbewegung und der vds, die Verbindung kämpferischer Aktionstätigkeit mit Interessenvertretung muß gerade unter der Rechtsregierung ausgebaut und fortgeführt werden.

Für die Verfaßte Studentenschaft und die vds sind dafür zweierlei Voraussetzungen zu erfüllen:

- Noch mehr müssen es sich die vds zum Ziel setzen, die Studenten im eigenen Handeln zu stärken, bzw. zum eigenen Handeln veranlassen. Dies ist gerade am Schnittpunkt politischer Entscheidungen wie z.B. bei der Bafög-Liquidierung nötig, soll nicht Ohnmacht und dann Anpassung an die Stelle der Gegenwehr treten.
- Dabei muß die Arbeit der Verfaßten Studentenschaft und der vds den Studenten selber immer als Vertretung der eigenen Interessen erkennbar sein.

Es ist Aufgabe der Verfaßten Studentenschaft die elementaren Interessen der Studenten auf allen Ebenen zu vertreten - von der Fachschaft bis zur vds.

Die vds erfüllt nicht mehr und nicht weniger als die Aufgaben der Verfaßten Studentenschaft auf Bundesebene (vgl. Arbeitsprogramm 82). Spätestens seit dem Kampf um die HRG-Durchsetzung ist für die Masse der Studenten als kontinuierlicher Gedanke, der die Substanz der Studentenbewegung ausmacht, offensichtlich, daß eine solche bundesweite Interessenvertretung unverzichtbarer Bestandteil studentischer Gegenwehr ist. Unter den neuen Bedingungen der Rechtsregierung gilt dies noch uneingeschränkt: Bafög-Liquidierung und die angedrohte Einführung von Studiengebühren zeigen, daß eine ganz andere Hochschullandschaft - zusehends ausgerichtet nach US-Vorbildern - von der Regierung des Rechtsblocks und ihren Hilfstruppen durchgesetzt werden soll.

Bundesweite Interessensvertretung heißt das eigene Handeln der Studenten zu fördern oder deutlicher ausgedrückt: auf Bundesebene zu organisieren und zu koordinieren.

Die Vorbehalte gegen "Stellvertreterpolitik" resultieren ja eben aus dem Wissen der Studenten darum, daß das eigene Handeln durch nichts zu ersetzen ist. Mit der Organisation von Streiks, Demonstrationen und anderen Protestaktionen, getragen von der Masse der Studenten, organisiert die Verfaßte Studentenschaft und die vds Druck auf Parteien, Regierung und das hinter ihnen stehende bestimmende Kapital zur Durchsetzung der Interessen der Studenten, bzw. zur Veränderung der Kräfteverhältnisse oder auch nur zur Verteidigung des Bestehenden. Dabei ringen die Studenten und ihre Vertretungsorgane mit jedem Schritt um Verständnis in der Bevölkerung insbesondere der arbeitenden Bevölkerung, sind Massenaktionen zugleich Massenaktionen zugleich Gegenöffentlichkeit in den Massenmedien. Kriterium für den Sinn von Massenaktionen bleibt die Vertretung nachvollziehbarer Interessen und zusehends die Verbindung mit dem Kampf um politische Kernfragen in der Entwicklung der Bundesrepublik. Weil die Angriffe auf das Hochschulwesen

und die Interessen der Studenten in den letzten Jahren in den allgemeinen Rechtskurs eingebunden waren, weil der Kampf der Studenten allein nicht erfolgreich sein kann, muß eine Linie, die mit der Losung der Demonstration vom 6.3.81 "Bafög statt Pershing" den Kampf der Studenten bewußt in den "großen politischen Raum stellt" fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Grundlage für die Durchsetzung einer solchen Linie auf Bundesebene durch die vds ist das vds-Arbeitsprogramm. Durch diese Grundlage werden die vds-Organen über das imperative Mandat auf eine Linie ihrer Arbeit verpflichtet. Dabei hat die grundlegende Struktur der vds - ein handlungs- und aktionsfähiger Vorstand, verpflichtet auf ein auf breiter Basis auf der MV erarbeitetes Programm, mit Rückkoppelung über den vds-Zentralrat bzw. Bundes-ASten-Konferenzen oder außerordentliche MVs - sich in den letzten Jahren bewährt und bestätigt. Im wesentlichen in Massenaktionen organisierte Interessenvertretung, eingebunden in die politischen Hauptauseinandersetzungen, in enger Verbindung mit anderen außerparlamentarischen Bewegungen und den Gewerkschaften - diese Grundlinie der Arbeit der vds muß bewahrt und noch bewußter als bisher im Kampf gegen rechts weiterentwickelt werden.

3. Die sozialökonomische Wende: Krisenverschärfung durch Umverteilung

Der Aufschwung ist bisher im wesentlichen ein Produkt der CDU-Propaganda. Aus der Sicht der abhängig Beschäftigten kann jedenfalls davon keine Rede sein:

- Mit 2,5 Mio offiziell registrierten Arbeitslosen liegt die reale Zahl der tatsächlich Arbeitslosen gegenwärtig bei über 3 Mio.
- Mit den Operationen 82 und 83 werden die Arbeiter und Angestellten bis 1985 mit einem jahresdurchschnittlichen Betrag von über 20 Mrd DM belastet, während die Unternehmer finanziell entlastet werden.
- Die Nominaleinkommen sollen im gewerblichen Bereich stagnieren und werden im öffentlichen Dienst sogar erstmals gesenkt.

Die Haushaltsoperationen 82 und 83 waren erst der Anfang. Noch am Wahlabend erklärte Franz Josef Strauß, die wirtschafts- und finanzpolitische Wende sei jetzt die Hauptaufgabe der neuen Regierung. Die hochschnellenden Börsenkurse signalisieren die Erwartungen der Unternehmer: Die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kapitalverwertung, d.h. Einschränkung und Umschichtung von Staatsausgaben und Sozialprodukt, Sozialabbau, Senkung der Ausgaben für Bildung und Ausbildung, für die Jugend- und die Gesundheitsfürsorge zugunsten der Subventionierung der Unternehmerrgewinne, der Aufrichtung der Wirtschaft auf internationale Expansion und der Steigerung der Militärausgaben.

Der "Softi-Konservatismus" der Übergangsregierung wird jetzt nach dem eindeutigen Wahlsieg mehr in Richtung auf den Reagan- und Thatcher-Kurs einschwenken und eine noch rücksichtslosere Umverteilungspolitik betreiben. Durch die restriktive

Haushaltspolitik und die Lohnentwicklung wird sich die Schwächung des Binnenmarktes weiter verschärfen, profitieren von dieser Politik werden im wesentlichen die Exportindustrie und die, direkt von der Umstrukturierung im Staatshaushalt positiv betroffenen Kapitale (Rüstungsindustrie, Verkabelung Selbst wenn diese Politik zu einer Abschwächung der konjunkturellen Krise führt, die tiefergehenden Krisenursachen werden damit nicht abgebaut. Strukturkrisen ganzer Branchen (Stahl und andere), die Sättigung großer internationaler Märkte, die beschleunigte Rationalisierung mit der Entwicklung der Mikroelektronik, die synchronen Krisenerscheinungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt werden dadurch nicht entschärft. Inwieweit überhaupt eine konjunkturelle Belebung durch diese Politik erreicht wird, ist noch nicht abzusehen. Klar aber ist schon heute, daß die Massenarbeitslosigkeit, die Senkung der Sozialleistungen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung weiter verschärft werden.

Ein geschlossenes Gegenkonzept gegen das konservative Krisenlösungsmuster gibt es bisher nicht. Die Gewerkschaften reagieren eher defensiv auf die forcierten Angriffe des Rechtsblocks. Aufgabe der Studentenbewegung muß es sein, alle Ansätze in Richtung einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, für eine aktive Beschäftigungspolitik ohne Sozialabbau zu unterstützen und selbst Initiativen zur Diskussion und Verankerung solcher Ansätze zu ergreifen. Grundelemente einer solchen Gegenstrategie sind:

- Die Forderung des DGB nach einem Beschäftigungsprogramm von 50 Mrd DM, für eine qualitative Wachstumspolitik, d.h. den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die Verbesserung der Umwelt und Wohnqualität, die rationelle Verwendung von Energie und Rohstoffen, den Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens.
- Die Senkung der Militärausgaben und Einnahmesteigerungen durch den Abbau von Steuersubventionen für Unternehmen.
- Das Verbot von Massenentlassungen.
- Tägliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, die Einführung der 35-Stunden-Woche.
- Die Stärkung des Binnenmarktes durch die Stärkung der realen Masseneinkommen über die Lohn- und Steuerpolitik.
- Die Rücknahme der Sparbeschlüsse im Sozialbereich.

Die VDS werden zur Auseinandersetzung mit dem wirtschaftspolitischen Kurs des Rechtsblocks und der Diskussion von Alternativen der Sozial- und Wirtschaftspolitik im Sommersemester einen Kongreß durchführen.

Dazu wird die Beteiligung von gewerkschaftlichen Kräften und Initiativen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, sowie von Sozialdemokraten, Grünen und Kommunisten angestrebt. Ziel des Kongresses ist der Erfahrungsaustausch, die Diskussion gemeinsamer Forderungen und Strategien, Positionen und Analysen der Hintergründe und Ursachen der Rotstiftpolitik. Der Kongreß soll auch ein Forum für die Diskussion unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Konzeptionen und Ansätze der Linken werden. Die Vorbereitung und Diskussion des Kongresses werden der studentischen Öffentlichkeit im Rahmen der VDS-Zeitung "Umbruch" und dem zu schaffenden Theorieorgan bekanntgemacht.

4. Bafög-Kahischiag und Studiengebühren - die Vorreiter der "Amerikanisierung"

Im Arbeitsprogramm 82 heißt es: "Durch die Einführung von Studiengebühren und die Umstellung auf Darlehensförderung sollen gleichzeitig die staatlichen Hochschulausgaben gesenkt und Hebel für die Entwicklung von kapitalistischen Konkurrenz- und Wettbewerbsstrukturen an den Hochschulen geschaffen werden. Die Gebühren können je nach Aktivität und den Anforderungen kapitalistischer Rationalitätskriterien variiert werden. Die Gesetze des kapitalistischen Marktes sollen so Regulierung der spezifischen Interessen der Konzerne und Erzeugung von Wohlverhalten und Anpassung an den Hochschulen eingesetzt werden."

Die Bafög-Beschlüsse waren erst der Auftakt. In den nächsten Jahren sollen die Hochschulen gänzlich nach den Vorstellungen der Unternehmerverbände umgekrempelt werden. "Amerikanisierung" als Schlagwort für das reaktionäre Gesamtkonzept bedeutet im Einzelnen:

- + Die Privatisierung von Bildung und Ausbildung. Bildung soll als staatliche Aufgabe eingeschränkt werden, d.h. private Modellhochschulen als Vorreiter für das staatliche Bildungswesen, Studiengebühren als Auslesemechanismus und Konkurrenzhebel, Umverteilung von Bildungskosten auf die privaten Haushalte in Teilbereichen.
- + Die Trennung von Elite- und Massenausbildung, d.h. die Schaffung von dequalifizierten Massenausbildungsgängen und abgeschotteten Eliteausbildungsbereichen für die Leitungskader in Staat und Unternehmen.
Die gegenwärtig in Niedersachsen und Baden-Württemberg schon am weitesten vorangetriebene Reduzierung und Umstrukturierung der Lehramtsstudiengänge bilden ein Beispiel für diese Zielsetzung. Mit der Zwischenprüfung als erstem berufsqualifizierenden Abschluß wird ein Modell für die oben genannte Trennung von Elite und Massenstudium geschaffen.

- + Die Verankerung und Propagierung bürgerlich-kapitalistischer Grundwerte wie Pflichtbewußtsein, Leistungsbereitschaft, Systemtreue und positive Bejahung der "Freiheitlich demokratischen Grundordnung" in den Ausbildungsinhalten und durch die Strukturierung des Bildungswesens.
Damit verbunden ist der verstärkte Zugriff der Industrie auf die Studieninhalte, deren Veränderung in Richtung "Serviceleistungen" für die Wirtschaft.
- + Die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Hochschulbereich. Die Hochschulen und Fachbereiche sollen untereinander durch ein neues System der Hochschulfinanzierung in Konkurrenz und Wettbewerb treten und das Prinzip "der Stärkere setzt sich durch" eingeführt werden, d.h. unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen eine weitere Verschärfung des Bildungsprivilegs und Bevorteilung der Reichen.

Schwerpunkte zur Durchsetzung dieses Konzeptes 1983 sind die weitere Umsetzung der Bafög-Beschlüsse und die drohende Einführung von Studiengebühren.

5. Die Raketenstationierung politisch undurchführbar machen!

US Präsident Reagan hat prompt auf das Wahlergebnis am 6.3. reagiert, das Ziel der militärischen Überlegenheit bekräftigt und die Forderungen der Freeze Kampagne erneut abgelehnt. Die neue Bundesregierung zieht mit Reagan und der NATO an einem Strang und wird versuchen, ohne Abstriche die Raketenstationierung in diesem Jahr durchzusetzen.

Noch ist der Ausgang nicht entschieden, der Wahlsieg des Rechtsblocks ist nicht gleichzusetzen mit einem Mehrheitsvotum für die Stationierung. Die Auseinandersetzung um die Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung für oder gegen die Stationierung geht weiter.

Das zentrale Ziel der Friedensbewegung ist es, durch den nationalen und internationalen Widerstand die Raketenstationierung politisch undurchführbar zu machen.

Wichtigste Voraussetzung dafür ist 1. die weitere Verbreiterung der Friedensbewegung, besonders die Gewinnung größerer Teile der Gewerkschaften und der christlich orientierten Bevölkerung, mit dem Ziel der Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung; 2. gilt es die Einheit der Friedensbewegung im Kampf gegen die Raketenstationierung zu verteidigen, entgegen allen zunehmenden Versuchen sie wieder auseinander zu dividieren; 3. muß die Friedensbewegung der wieder zunehmenden Propaganda der Rechtskräfte über die angebliche "Gefahr aus dem Osten", die "Raketenlücke", die demagogische "Nulllösung" entgegentreten.

Die Sinus-Studie des Bundeskanzleramtes, parallele Abstimmungen zur Raketenfrage am 6.3. zeigen deutlich den Mehrheitswillen der Bevölkerung. Zentrale Aufgabe der Friedensbewegung ist es, die Mehrheitsmeinung gegen die Raketenstationierung politisch wirksam werden zu lassen. Entscheidend dafür ist die weitere Vorbereitung des Krefelder Appells, ist die Aufgabe, den Krefelder Appell zu einer Volksabstimmung gegen die Stationierung der US-Mittelstrecken werden zu lassen.

Die Verhandlungen in Genf dürfen dabei nicht allein den Regierenden überlassen werden, sondern die Friedensbewegung muß selbst Position zu den verschiedenen Vorschlägen beziehen und Druck auf die eigene Regierung ausüben. In diesem Zusammenhang begrüßen die VDS die Andropow-Vorschläge und die Prager Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten und damit stellen die Warschauer Vertragsstaaten einseitige Abrüstungsschritte in Aussicht für den Fall, daß auf die NATO-Raketenstationierung verzichtet wird. Sie schlagen den gegenseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen vor und unterbreiten zahlreiche weitere konkrete Abrüstungsvorschläge. Den Abrüstungswillen der Warschauer Vertragsstaaten zeigt auch die Diskussion um atomwaffenfreie Zonen. So haben die UdSSR und die DDR den Palme-Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa positiv aufgegriffen. Die ablehnende Reaktion der USA und der BRD-Regierung machen deutlich, wo die Verantwortlichen für die weitere Verschärfung des Rüstungskurses sitzen: im Pentagon und auf der Hardthöhe.

Die vds unterstützen die Herbstaktionen der Friedensbewegung, sie unterstützen den Vorschlag für eine bundesweite Aktionswoche mit einer zentralen Massendemonstration in Bonn.

Die vds unterstützen die Ausweitung und Anwendung verschiedenster Aktionsformen der Friedensbewegung, wie gewaltfreie Blockaden und Besetzungsaktionen. Die VDS wenden sich dagegen verschiedene Aktionsformen gegeneinander auszuspielen, Maßstab ist für uns einzig und allein das Ziel der Gewinnung und Aktivierung der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Raketenstationierung, um so die Stationierung politisch und durchführbar zu machen.

Die VDS werden mit der Fortsetzung der Aktion "Atomwaffenfreie Hochschulen und Fachbereiche" in den angestrebten Streikaktionen im Wintersemester einen eigenständigen Beitrag zur Friedensbewegung an den Hochschulen leisten.

6. Aktionen 1983 - für einen bundesweiten Streik im Wintersemester!

Wichtigste Aufgabe der VDS ist es, selbst Initiativen für koordinierte, außerparlamentarische Widerstandsaktionen an den Hochschulen zu entwickeln. Im Sommersemester stehen insbesondere zehntausende Arbeiterkinder vor der Frage, ob sie ihr Studium, angesichts der drohenden Verschuldung bei anhaltender Arbeitslosigkeit, abbrechen oder nicht. Die Einführung von Studiengebühren wird systematisch vorbereitet. Dies wäre qualitativ ein vergleichbarer Einschnitt im Hochschulwesen wie die Verabschiedung des HRG 1976. Von den Herbstaktionen der Friedensbewegung hängt es weitgehend ab, ob die Raketenstationierung politisch verhindert werden kann oder nicht. In dieser Situation ist die Studentenbewegung nicht nur gefordert, sich an den Aktionen der außerparlamentarischen

Bewegung zu beteiligen, sondern selbst eigenständige Initiativen zu ergreifen, um deutlich zu machen, daß die Rechtskräfte nicht mit den Hochschulen machen können was sie wollen, um Impulse für Bündnisse aller Kräfte links von der CDU/CSU zu geben, um die Studenten nicht kampflös oder örtlich zersplittet den Angriffen des Rechtsblocks zu überlassen.

Die VDS schlägt deshalb vor, im Sommersemester über einen bundesweiten Streik für Bafög gegen Studiengebühren und gegen die Raketenstationierung zu diskutieren und möglichst zu beschließen. In Vorbereitung des Streiks sollte eine bundesweite Urabstimmung über die Forderungen und den Streik selbst durchgeführt werden. Der Streik soll geprägt sein durch alternative Veranstaltungen zum normalen Lehrbetrieb, zur Friedensziehung, zur demokratischen Wissenschaftsinhalten, durch die Gründung von Projekten und Initiativen zur Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen außerhalb der Hochschule. Mit dem Streik schaffen wir uns Raum für die Beteiligung an den Aktivitäten der Friedensbewegung, für eine Kampagne zur Darstellung unserer Forderungen außerhalb der Hochschulen, für den Zusammenschluß der Bafög-Betroffenen. Wir streben

gemeinsame Demonstrationen und andere Aktionen mit Gewerkschaften, mit Schülern und anderen Bündnispartnern zum Zeitpunkt der Streikaktionen an.

Diese Aktion muß sich, wenn sie erfolgreich sein soll, auf eine breite Unterstützung aller Linkskräfte an den Hochschulen stützen, sie muß vorher an der studentischen Basis in ASten und Fachschaften, auf studentischen Vollversammlungen intensiv diskutiert werden. Schon im SoSe muß durch Aktionen gegen Bafög-Liquidierung, drohende Studiengebühren sowie gegen örtliche und regionale Angriffe auf die elementaren Interessen der Studenten Druck auf die Herrschenden ausgeübt werden. Nicht zuletzt deshalb, weil solche Aktionen im SoSe die beste Grundlage für die Diskussion und Durchführung des angestrebten Streik im Wintersemester sind.

Deshalb

schlagen wir für das Sommersemester Warnstreiks und Protestaktionen in allen Bundesländern Anfang Juni Juni vor. In dieser Woche sollten an allen Hochschulen allversammlungen über den Wintersemesterstreik diskutieren und beschließen, erste Arbeitsgruppen und Initiativen zu seiner Vorbereitung gegründet werden, die von den Bafög-Plänen Betroffenen direkte Aktionen bei den politisch Verantwortlichen in den Städten und Bundesländern durchführen.

Eine außerordentliche VDS-MV sollte vor Beginn des Wintersemesters endgültig über die Streikaktionen beschließen.

Eine Hauptaufgabe der VDS ist die Unterstützung und Mitarbeit in den außerparlamentarischen Aktionen gegen den Rechtsblock.

Entgegen den Protesten zahlreicher Initiativen, Einzelpersonlichkeiten und Organisationen soll nach dem Willen der Bundesregierung am 27. April die bundesweite Volkszählung beginnen.

Nach den Ostermärschen 83 kann die Volkszählung zu einem ersten Signal des Protestes der außerparlamentarischen Bewegung gegen die neue Rechtsregierung werden, zu einem Beispiel von Gegenwehr und gemeinsamen Handeln gegen rechts.

Diese Volkszählung ist, entgegen den Beteuerungen ihrer Verfechter, kein normaler statistischer Vorgang, sondern ein massiver Angriff auf die demokratischen Rechte und die Menschenwürde, sie ist ein Instrument des Sozialabbaus und der Ausländerfeindlichkeit. Sie ist ein bisher einzigartige Ballung persönlicher Daten, deren Verwendung von nie-

mandem kontrollierbar ist. Mit diesen Daten können Sozialleistungen gekürzt, die Berufsverbotepraxis ausgedehnt, die Unternehmer mit noch intimeren Konsumenteninformationen gefüttert werden. Ein besonderer Skandal sind die in Bayern ausgesetzten Kopfgelder für nicht ordnungsgemäß gemeldete Bürger, 2,50 DM für Deutsche und 5,-- DM für Ausländer. Die VDS unterstützt den Protest gegen diese Volkszählung. Sie wird an den Hochschulen über den Charakter Schnüffelaktion informieren und ruft ASten und Studenten auf, sich in den zahlreichen Initiativen zum Boykott oder Teilboykott der Volkszählung zu engagieren.

Die vds rufen alle ASten und Studenten zur Mitarbeit in den bestehenden oder Gründung neuer Initiativen auf. Sie unterstützen mit ihren Publikationen die Aufklärungsarbeit über die Volkszählung. ASten und Fachschaften sollten gemeinsam mit den Initiativen Beratungsstellen zur Volkszählung einrichten.

Die VDS rufen die Studentenschaften auf sich an den 1.Mai-Demonstrationen des DGB zu beteiligen. Mit dieser Beteiligung drücken wir unsere Solidarität mit den Forderungen der arbeitenden Bevölkerung aus und orientieren die Studenten auf das gemeinsame Handeln mit den Gewerkschaften. Die VDS wird einen eigenen Aufruf unter Berücksichtigung des DGB-Aufrufs, mit ihren Forderungen und Losungen gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Raketenstationierung, für "Bildung statt Raketen" herausgeben.

7. Bündnispolitik der VDS

Unverändert gilt die Aussage des Arbeitsprogramms 1982: "Die Gewinnung von Bündnispartnern in allen Bereichen, die Durchsetzung der Forderung der Studenten ist mit die wichtigste Aufgabe, um eine Isolierung der Studentenschaften und der VDS zu verhindern. Dies gilt für die Ökologie- und Alternativbewegung ebenso wie für Frieden und Berufsverbots- und sonstige Initiativen: unser Ziel ist dabei, zur Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen beizutragen (...). Von zentraler Bedeutung in diesem Gesamtzusammenhang ist die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Ein Bündnis mit den Gewerkschaften darf sich nicht darauf beschränken, gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln, es muß auch seinen Niederschlag im universitären Alltag finden. Das bedeutet einerseits, die Kooperationsprojekte mit Gewerkschaften zu unterstützen, in denen der Versuch gemacht wird, wissenschaftliche Arbeit unmittelbar den Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig gewerkschaftliches Engagement unter den Studenten zu verbreiten."

Mit dem 4.12., der Bafög-Initiative und der Kampagne "Keine Stimme den Bafög-Streichern" hat es zahlreiche zentrale und örtliche gemeinsame Initiativen von verfaßter Studentenschaft und Gewerkschaften gegeben. Daran gilt es mit den Aktionen 1983 anzuknüpfen. In allen Aktionen versuchen wir die Gemeinsamkeit mit den Gewerkschaften zu stärken und zu gemeinsamen, nach außen gerichteten Aktivitäten zu kommen. Grundlage für solche Aktivitäten sind die gemeinsamen Forderungen der VDS und der Gewerkschaften. Einen zentralen Stellenwert in der Bündnispolitik der VDS mit den Gewerkschaften hat der Kongreß zur alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik und das "Kuratorium Chancengleichheit". Mit diesem Kuratorium soll die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Reformkräfte im Bildungsbereich verbessert werden. Es soll ein Gegengewicht zur Offensive der Rechtskräfte im Bildungsbereich sein. Es soll inhaltliche und politische Alternativen gegen die Rechtswendes, für eine demo-

kratische Reform des Bildungssektors erarbeiten und öffentlich bekanntmachen.

Die VDS sieht es als eine ihrer zentralen Aufgaben an, zur Zusammenarbeit aller Kräfte links von der CDU/CSU beizutragen. Diese Zusammenarbeit wird aufgrund der Vielfältigkeit der daran beteiligten politischen Kräfte und dem bisher erreichten Stand der Zusammenarbeit in der Regel punktuellen Charakter haben, bezogen auf einzelne gemeinsame Forderungen und Aktionen. Grundlage und Kriterium dabei sind die, in diesem Arbeitsprogramm enthaltenen Grundforderungen der VDS.

Diese sind auch Grundlage der Zusammenarbeit mit Parteien und anderen Organisationen. Den aktuell größten politischen Stellenwert in der Zusammenarbeit mit Parteien hat die Zusammenarbeit mit der SPD. Dies war in der Studentenbewegung in den letzten Monaten besonders stark umstritten. Für die VDS ist dies eine prinzipielle Frage, weil wir von der Einschätzung ausgehen, daß Grundforderungen der Studentenbewegung wie der außerparlamentarischen Bewegung insgesamt, ohne oder gar gegen die Mehrheit der politisch bewußten und aktiven Teile der Arbeiterklasse nicht durchsetzbar sind und dieser Teil der Arbeiterklasse ist mehrheitlich in den Gewerkschaften organisiert und auf die SPD orientiert. Wir machen uns dabei keine Illusionen über die Integrationsabsichten innerhalb der SPD-Führung, über ihre Rolle bei der Schaffung der politischen Voraussetzungen für die Regierungsübernahme durch den konservativen Rechtsblock. Unser Ziel in der Bündnispolitik ist und bleibt aber, gerade im Unterschied zur SPD-Politik der letzten Jahre, sie in einzelnen Punkten für die Unterstützung der außerparlamentarischen Bewegung zu gewinnen, bei gleichzeitiger Wahrung der Eigenständigkeit der an dieser Zusammenarbeit beteiligten Kräfte. Dies dient der Durchsetzung unserer Forderungen, damit nehmen wir Einfluß auf das politische Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung insgesamt, dies ist eine wesentliche Voraussetzung auch zur verstärkten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Damit leisten wir auch einen Beitrag in der Auseinandersetzung um die Politik der SPD und gegen die Versuche der Rechte, die SPD wieder insgesamt gegen die außerparlamentarische Bewegung in Frontstellung zu bringen und eine offene oder verdeckte "große Koalition" in Sachfragen zu installieren. Inhaltlich konzentriert sich die VDS auf die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in den Punkten Bafög- und Studiengebühren und auf der Grundlage weiterreichender bildungspolitischer Forderungen und Ziele in dem angestrebten "Kuratorium Chancengleichheit".

Darüberhinaus muß die VDS selbstverständlich mit allen Parteien und Organisationen zusammenarbeiten, die ihre Forderungen unterstützen. Bei den Grünen, der DKP, der DS und den Liberalen Demokraten ist diese Zusammenarbeit innerhalb der Studentenbewegung sicherlich weniger umstritten. Einen wichtigen Stellenwert wird die Entwicklung gemeinsamer Initiativen auch mit der Bundestagsfraktion der Grünen haben. Anknüpfend an dem Anspruch der Grünen, der verlängerte Arm der außerparlamentarischen Bewegung im Bundestag zu sein, gibt es auf der Grundlage gemeinsamer

Forderungen der VDS und der Grünen sicherlich zahlreiche Möglichkeiten, die studentischen Forderungen besser als bisher in die Öffentlichkeit zu tragen und Druck auf die anderen im Bundestag vertretenen Parteien zur Durchsetzung dieser Forderungen auszuüben.

II. Forderungen der VDS

1983 müssen die VDS die Entwicklung von Protestaktionen gegen den Bafög-Kahlschlag und die Einführung von Studiengebühren, gegen das gesamte Konzept der "Amerikanisierung" in den Mittelpunkt der hochschulpolitischen Aktivitäten stellen.

"Mit unseren Protestaktionen verteidigen wir heute die elementarsten Voraussetzungen zum Studieren. Wir verteidigen dabei nicht die Privilegien einiger Bürgerkinder. Wir kämpfen für die sozialen Interessen der Studenten, wir kämpfen für das Recht der Arbeiterkinder auf Zugang zu den Hochschulen und für das Recht und die materielle Möglichkeit für Frauen zum Studium.

Wir wollen, daß sich Wissenschaft und Bildung am Interesse der Mehrheit der Bevölkerung orientiert. Wir wollen keine Elitehochschulen.

Wir wollen Hochschulen, die dem Frieden dienen. Wir bekämpfen die Umverteilung zugunsten von Aufrüstung und Konzernsubventionen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern wir eine Kürzung der Rüstungsausgaben und der direkten und indirekten Unternehmenssubvention."

Aktuell fordern wir:

+ Die vollständige Zurücknahme der Umstellung des Studenten-Bafög auf Vollkredit und des Kahlschlags beim Schüler-Bafög durch die sofortige Novellierung des Gesetzes.

Weiterführung der Studenten- und Schülerförderung in den Bundesländern entsprechend den alten gesetzlichen Regelungen und dem alten quantitativen Umfang.

Längerfristig setzen wir uns für kostendeckendes Bafög ein. Die Bafög-Ausgaben von Bund und Ländern müssen den steigenden Studentenzahlen angepaßt werden, die Beschränkung der Bundesausgaben muß aufgehoben werden, die Erhöhung der Bafög-Höchstsätze auf 760,-DM, Erhöhung der Elternfreibeträge auf 1500,-DM.

Ausreichender Mutterschutz, angeglichen an die gesetzlichen Regelungen für berufstätige Frauen.

+ Ablehnung aller Vorschläge zur Einführung von Studiengebühren.

+ Ausbau der Hochschulen auf eine Million Studienplätze! Ein Sofortprogramm des Bundes und der Länder zum Hochschulausbau, zur Schaffung von mehr Studienplätzen und als eine wirksame beschäftigungspolitische Maßnahme. Allgemeine Rücknahme der Stellenbewirtschaftungsmaßnahme der Länder. Keine NC-Verschärfung, keine Hochschuleingangsprüfungen!

+ Wohnen ist ein Recht, kein Almosen! Deshalb: 100.000 neue Wohnheimplätze! Sozial tragbar! Mieten auch für Studenten. Vermietung von leerstehendem Wohnraum auch an studentische Wohngemeinschaften. Preisstopp für Wohnheimmieten

- + Wiedereinführung des Bundeszuschusses zu den studentischen Krankenkassenbeiträgen und Rücknahme der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge!
- + Keine Erhöhung der Sozialbeiträge und Mensapreise, stattdessen erhöhte Subventionen für die Studentenwerke durch Bund und Länder. Keinerlei Privatisierung von Aufgaben der Studentenwerke.
- + Das Hochschulrahmengesetz muß neugefaßt werden. Prüfungsordnungen dürfen nicht weiter mit Bestimmungen zur Regelstudienzeit, zum "Inneren Numerus Clausus", zur Ausleseverschärfung ans HRG angepaßt werden! Jede Prüfungsverschärfung lehnen wir ab!
- + Wir fordern die gesetzliche Wiederverankerung der Verfaßten Studentenschaft in Bayern und Baden Württemberg und eine disbezügliche Gesetzesinitiative der bundesregierung.
- + Wir trennen dabei nicht die Auseinandersetzung um die Finanzierung des Bildungswesens von der Auseinandersetzung um Formen und Inhalte des Wissenschaftsbetriebes. Wir setzen uns für die Durchsetzung einer arbeitnehmerorientierten emanzipatorischen Forschung und Lehre ein sowie für die Öffnung der Hochschulen gegenüber den Forderungen der Frauenbewegung, der Friedensbewegung und der Ökologiebewegung.
- + Aufgabe von Schule und Ausbildung muß sein, eine umfassende Qualifikation der Lehrer zu ermöglichen. Entwissenschaftlichung des Studiums, durch Kurzstudiengänge, Regelstudienzeiten, "Alternativen", wie sie z.B. vom Wissenschaftsrat entwickelt worden sind, lehnen wir ab.
- + Die VDS fordern stattdessen:
 - ++ Erhalt und Ausbau der Studienplätze im Lehrerausbildenden Bereich - keine Schließung von PHs!
 - ++ Aufhebung aller "Null"stellenpläne in den Ländern - sofortige Übernahme aller ausgebildeten Lehrer und ausreichende Bereitstellung von Referendariatsstellen!
 - ++ eine Ausbildung, die sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert - keine inhaltliche Ausrichtung der Studieninhalte an den "MUT"-Thesen.

III. Arbeitsbereiche der VDS-Politik

1. Gegen die Wende nach rechts in der Hochschulpolitik

1.1. Gegen Privatisierung und Amerikanisierung - Bafög statt Studiengebühren! Bildung statt Raketen!

Nach dem 6.3. wollen Kapital und Staat die angestrebte gesellschaftspolitische Wende auch im Hochschulbereich durchsetzen. Vorbild sind dabei die hochschulpolitischen Grundsätze und Realitäten der US-Hochschulen. Senkung der staatlichen Sozial- und Bildungsangebote, die Privatisierung von bisher öffentlichen Aufgabebereichen einschließlich von Teilen des Bildungsbereichs, der ungehemmte Einfluß der Unternehmervertreter auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sind Eckpfeiler dieses Konzeptes.

Die Grundkonzeption der "Amerikanisierung" steht im diametralen Gegensatz zu den Interessen der Masse der Studenten und Hochschullehrer. Sie steht "in diametralem Gegensatz zu den bildungspolitischen Forderungen der Gewerkschaften, zu in der SPD verankerten Grundsatzpositionen", zur Forderungen und Ansprüchen der Grünen. Liquidiert werden sollen "alle hochschulpolitischen Reformansätze der 70er Jahre". Es geht um die Wende nach rechts.

Mit der Verabschiedung der Bafög-Bestimmungen im Dezember 82 durch die CDU/CSU/FDP-Regierung ist die Auseinandersetzung um das Bafög nicht beendet. Die Maßnahmen sollen 1983 voll greifen. In diesem Jahr entscheidet sich daher, ob zehntausende von Arbeiterkindern auf ihre weiterführende Ausbildung verzichten oder ihr Studium abbrechen. Die Durchführungsbestimmungen des Gesetzes werden ausgearbeitet, die Einführung einer Darlehensvergabe durch Privatbanken u.U. vorbereitet.

Ein konkreter Vorstoß zur Einführung von Studiengebühren ist 1983 ebenfalls zu erwarten. Alle Nicht-Bafögempfänger (70%) oder sogar alle Studenten wären davon betroffen. Bereits jetzt kursieren diverse Modelle. Mit Belastungen bis zu mehreren 1000 DM im Jahr muß gerechnet werden.

Eine besondere Betroffenheit von diesen Maßnahmen besteht für Frauen. Sie sollen aus der Hochschule gedrängt werden. Besonders betroffen sind die Fachhochschulen, die einen hohen Anteil von Bafög-Empfängern haben und ihrem Charakter nach besonders stark von Arbeiterkindern besucht werden. Besonders betroffen sind schließlich auch die Angehörigen des Zweiten Bildungswegs (ZBW). Bafög-Kahlschlag und Studiengebühren sind zentrale Hebel, um den ZBW völlig abzubauen.

auch der massive, mit dem Begriff "Konzentration" verschleierte Abbau der Lehrerausbildung im gesamten Bundesgebiet, während gleichzeitig neue Gelder in besonders profitträchtige Studiengänge und Forschungsbereiche gesteckt werden, ist

Bestandteil des Bildungskonzeptes der "Amerikanisierung".

Die VDS müssen deshalb 1983 die Entwicklung von Protestaktionen gegen den Bafög-Kahlschlag und die Einführung von Studiengebühren, gegen das gesamte Konzept der "Amerikanisierung" in den Mittelpunkt ihrer hochschulpolitischen Aktivitäten stellen.

Die VDS müssen anknüpfend an die Demonstration des 4.12. den Widerstand bundesweit koordinieren und zusammenfassen. 1983 muß der Widerstand massiv weiterentwickelt werden.

Im Sommer sollen deshalb Warnstreiks und Protestaktionen in allen Bundesländern in der Woche vom 6.-10.6. durchgeführt werden. Unterstützt wird der Vorschlag des Projektbereichs Frauen für einen bundesweiten Frauenprotesttag des Projektbereichs im Sommersemester. An allen Hochschulen muß im Sommer über die Möglichkeiten eines bundesweiten Streiks im Wintersemester für unsere hochschulpolitischen Forderungen und gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen diskutiert und beschlossen werden. Vor dem Wintersemester findet dazu eine außerordentliche VDS-MV statt.

Die VDS setzen sich für bundesweit koordinierten Widerstand an den Fachhochschulen und den Einrichtungen des ZBW ein. Sie koordinieren sich deshalb mit dem Bundesring der Studierenden am ZBW. Ebenfalls in Fortsetzung des 4.12. muß die Zusammenarbeit von Studenten und Schülern auf örtlicher, regionaler und Bundesebene weiterentwickelt werden. Die VDS stimmt sich deshalb mit der KdLSV ab. In den Aktionen des Jahres 83 müssen alle Möglichkeiten für mehr gemeinsame Aktionen mit Hochschullehrern genutzt werden. Besonderen Stellenwert hat die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, aber auch mit Anti-Rotstiftinitiativen und anderen fortschrittlichen Initiativen im Bildungsbereich.

Die VDS unterstützen den Aufbau eines "Kuratoriums Chancengleichheit" in Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Reformkräften im Bildungsbereich.

4.2. Gegen Rotstiftpolitik und Überfüllung - für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik!

1983 wird sich die Lage an den Hochschulen durch fortgesetzte Rotstiftpolitik und Überfüllung weiter verschlechtern.

"Studentischer Protest gegen die Rotstiftpolitik ist ein wichtiger Ansatzpunkt für linke Hochschulpolitik, wenn es gelingt, den Zusammenhang zwischen Sparmaßnahmen, Staat und Krise aufzuzeigen. Die VDS muß die Entwicklung studentischen Protestes in Richtung einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik vorantreiben. Bündnispartner hierbei sind vorrangig die von Krise und Sparmaßnahmen materiell Betroffenen und damit vor allem die Gewerkschaften als Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten."

Nach den Plänen der Bundesregierung soll nicht einmal das völlig unzureichende Ausbauziel von 850.000 Studienplätzen erreicht werden. Eine weitere starke Erhöhung der Studienanfängerzahlen ist jedoch absehbar. Die Überfüllung wird sich verschärfen. Durch NC-Verschärfungen und/oder verstärkte Selektion durch Hochschuleingangsprüfungen - wie in der Medizin exemplarisch vorgesehen - soll der "Studentenberg" gedrosselt und stärker dem Bedarf des kapitalistischen Arbeitsmarktes angepaßt werden.

Die VDS werden verstärkt die Verknüpfung zwischen staatlicher Krisenbewältigungspolitik und Sozialabbau aufzeigen und ihre Alternativen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik nach außen tragen. Sie werden dazu im Sommersemester einen Kongreß "Alternativen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik" durchführen.

1.3. Gegen die "Studienreform von oben" - gegen eine reaktionäre Novellierung des Hochschulrahmengesetzes!

Gegenwärtig schreitet der Prozeß der Studienformierung von oben mit neuem Tempo - wenn auch nicht unerheblichen Reibungsverlusten - voran. Immer neue bundesweite Musterprüfungsordnungen und Studienordnungen werden erlassen, obwohl sich die "Ständige Kommission" noch nicht einmal über die inhaltlichen Grundsätze einer Reform verständigt hat. Die Diskussion über eine rigide Teilung des Studiums in ein Kurzstudium für die Masse und ein weiterqualifizierenden Aufbaustudiengang für eine kleine Elite wird wieder verstärkt.

Massenhafte Vernichtung von Ausbildungskapazitäten und Hochschullehrerstellen findet, besonders im Bereich der Lehrerausbildung, statt. Vorreiter sind Baden Württemberg und Niedersachsen.

"Die VDS bekräftigen ihre Auffassung: Inhalte und Ziele des Studiums müssen von der Verantwortung der Wissenschaft für die Menschen ausgehen. Die Hochschulausbildung muß den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen, die Demokratisierung und Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen vorantreiben." Eine Aufspaltung der Studiengänge in Heloten und Elitestudium wird von den VDS abgelehnt. Die Lehrerausbildung muß erhalten bleiben.

Vor den VDS steht im nächsten Jahr die Aufgabe, auf der Grundlage einer aktualisierten Analyse des Standes der Formierung neue Initiativen zum Eingreifen der Studenten, fortschrittlicher Hochschullehrer und der GEW in den Reformprozeß zu ergreifen.

Die VDS führen im Sommersemester eine Veranstaltungsreihe "Kritische Wissenschaft" in Zusammenarbeit mit dem BdWi durch.

"Sie unterstützen Projekte, die aus der Hochschule auszubrechen versuchen und außerhalb Hochschule unmittelbar in gesellschaftliche Auseinandersetzungen eingreifen, wie z.B. Wissenschaftsleben Stadt teilbezogene Projekte etc."

Die VDS werten das Anfang Mai in Hannover stattfindende Symposium zur Lehrerausbildung der KNS in der Zeitschrift "Umbruch" sowie in dem zuschaffenden Theorieorgan aus. Die VDS wird den PB Lehrerausbildung reaktivieren mit dem Ziel im SoSe eine PB-Tagung zu den Zielen der Rechtsregierung in der Lehrerausbildung in Hannover durchzuführen.

Die VDS unterstützen die Widerstandsaktionen der Lehrerstudenten in Baden Württemberg und Niedersachsen gegen die Zerschlagung ihrer Ausbildung.

Offensichtlich plant die Bundesregierung eine weitgehende Novellierung des HRG. Zur Vorbereitung hat sie eine Expertenkommission einberufen, die durch keinerlei demokratisches Verfahren legitimiert und ohne eine Beteiligung fortschrittlicher Vertreter nur "sich selbst verantwortlich" Vorschläge erarbeiten soll. Liquidiert werden sollen Gesamthochschulen und Gruppenuniversität. Vorschläge zur Forcierung der "Amerikanisierung" sowie zur Einschränkung der Arbeit der Verfaßten Studentenschaft sind zu erwarten. Ebenso reaktionäre Vorschläge zur Personalstruktur.

Die VDS fordern die Auflösung der Wilmschen Expertenkommission. Sie fordern die Schaffung einer demokratisch besetzten und legitimierten Kommission zur Überprüfung und Novellierung des HRG. Die VDS bekräftigen ihren Katalog an Novellierungsforderungen als Grundlage für die Arbeit einer solchen Kommission. Die VDS nehmen Kontakte zu fortschrittlichen Wissenschaftlern, Organisationen und der GEW auf, um Druck für diese Forderungen zu machen. Sie prüfen die Einrichtung einer demokratischen "Gegenkommission".

1.4. Für die Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, Finanzhoheit und Satzungsautonomie!

Nach dem 6.3. drohen neue Angriffe auf die Verfaßte Studentenschaft und ihr politisches Mandat, deren Schärfe und Tragweite heute noch nicht absehbar sind. Möglich sind Vorstöße der Rechtskräfte in den einzelnen Bundesländern zur Zerschlagung, finanziellen Austrocknung, Abbau des politischen Mandats. Möglich sind neue Gerichtsurteile. Möglich ist auch eine bundesweite Initiative der neuen Regierung, mit der die VDS direkt angegriffen werden. "Vorrangige Aufgabe der VDS muß deshalb der Kampf um den Erhalt und die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit Absicherung des Politischen Mandats sein. Die Studentenschaften sind mitverantwortlich sowohl für die Ausbildung und Forschung an den Hochschulen als auch für die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der BRD."

In Niedersachsen hat die CDU mit der Liquidierung der verfaßten Studentenschaft schon im letzten Jahr gedroht. Diese Pläne sind nach massiven Protesten vorläufig zurückgezogen worden. Statt dessen wird jetzt versucht, die ASTen mit Gerichtsverfahren von Rektoren und dem RCDS zum politischen Mandat zu knebeln und sollen die gewählten Interessenvertreter mit Veruntreuungsklagen kriminalisiert werden.

"Für die VDS bleiben dabei das Politische Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie und das imperative Mandat unverzichtbare Eigenschaften der Verfaßten Studentenschaft... Die VDS fordern die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft in allen Bundesländern." Die bekräftigt die Forderung nach verbindlicher Verankerung der Verfaßten Studentenschaft im HRG durch eine sofortige Novellierung des Gesetzes. Die VDS ergreifen eine Bündnisinitiative "Erhalt der Verfaßten Studentenschaft" und machen die Initiative bei den ASTen und auf Vollversammlungen bekannt. Die VDS verstärken ihre konkrete Unterstützung der bayrischen und baden-württembergischen Studentenschaften."

1.5. Hochschulalltag - Solidarität im Studium!

"Der Hochschulalltag hat sich in den letzten Jahren tiefgreifend verändert. Existenzangst, Verunsicherung, Individualisierung und Konkurrenzverhalten sind subjektive Folgen dieser veränderten Situation... Unter den restriktiven Bedingungen (materielle Situation, Regelstudienzeit) wird den Studenten ein sinnvolles Studium beträchtlich erschwert." Die Akademikerarbeitslosigkeit steigt weiter an. Nicht nur die Lehrerstudenten, in zunehmendem Maße die Absolventen der meisten Fachrichtungen, sind von ihr betroffen. Diese Situation wird auch in der täglichen politischen Arbeit immer spürbarer.

Die VDS verstärken daher ihre Bemühungen Initiativen zur Veränderung des Hochschulalltags.

Sie führen regelmäßig die VDS-Aktion "Orientierungspunkt" für Erstsemester durch. Sie setzen als wichtigste Initiative die Aktion "Solidarität im Studium" fort. Im Sommersemester wird die bundesweite Fragebogenaktion zum Hochschulalltag ev. auf einem zentralen Forum abgeschlossen. Das Forum dient dem Erfahrungsaustausch von ASTen, Fachschaften, Hochschullehrern und der Entwicklung weiterführender Initiativen in den nächsten beiden Semestern.

Die VDS prüfen die Möglichkeit der Einrichtung eines Projektbereichs Hochschulalltag. Durch einen solchen Projektbereich wäre eine intensivere und kontinuierlichere Koordinierung und Unterstützung der Arbeit der ASTen und Fachschaften möglich.

Die VDS unterstützen die bundesweite Aktionswoche der Arbeitslosen vom 30.5.-4.6. Wir rufen die Studenten auf, den bundesweiten Arbeitslosenmarsch solidarisch zu unterstützen.

2. Gegen Stationierung der US-Mittelstreckenraketen

Nach wie vor sind die Aussagen des Arbeitsprogramms von 1982 für die Friedensarbeit der VDS gültig:

"Für uns gibt es nichts wichtigeres als den Frieden! Frieden ist ohne Alternative und ist die Voraussetzung aller menschlicher und demokratischer Tätigkeit, von Leben überhaupt. Alle Kämpfe und Auseinandersetzungen in anderen Bereichen sind sinnlos, wenn der Kampf um den Frieden nicht damit verbunden wird.

Der Frieden ist heute besonders bedroht durch den NATO-Raketenbeschluß ... die neuen Atomraketen sollen das praktische Instrument in den Händen der NATO und der US-Regierung bilden, um deren Ziel der Herstellung einer nuklearen Erstschlagskapazität und der Führbarkeit sogenannter begrenzter Atomkriege gegen die sozialistischen Länder realisieren zu können.

In der westlichen Welt wird die sogenannte Nachrüstung mit dem von Seiten der Sowjetunion errichteten Potential an SS-20-Raketen begründet. Tatsache ist jedoch, daß diese neuen Raketen keine neue Qualität in der Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion darstellen. ... Eine neue Qualität in der Aufrüstung stellt vielmehr die Stationierung der westlichen Mittelstreckenwaffen dar."

Der einseitig aggressive Charakter des NATO-Stationierungsbeschlusses ist inzwischen noch deutlicher geworden. Deutlicher durch die Weigerung der NATO an ihrer Spitze die Bundes- und die US-Regierung auf die sowjetischen Vorschläge und die bisher erfolgte einseitige Reduzierung der SS-20 in Europa mit eigenen konstruktiven Vorschlägen einzugehen.

Dadurch wird die Aussage des 82iger Arbeitsprogramms noch deutlicher belegt, die darin gestellten Aufgaben noch dringender:

"Durch die sogenannte Nachrüstung soll Westeuropa als ein Bollwerk die Sowjetunion bei zukünftigen Konflikten in und mit der dritten Welt in Schach halten. Auch deshalb muß alternativ zu dieser Strategie, ökonomische und politische Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen, eine auf Entspannung ausgerichtete Politik entwickelt werden, die auch die Länder der dritten Welt mit einbezieht.

Europa soll nukleare Abschlußbrücke gegen die Sowjetunion

werden und damit jederzeit erpressbare nukleare Geisel der USA. (...) Demselben Ziel dient die Neutronenwaffe, deren Produktion die USA mittlerweile aufgenommen haben."

Schon im 82iger Arbeitsprogramm stellte die VDS fest:

"Mit ihrer andauernden Zustimmung zum NATO-Raketenbeschluß verhält sich die Bundesregierung selbstwörderisch zu den Interessen des eigenen Landes. Deshalb ist die erste und vorrangigste Aufgabe der Friedensbewegung der BRD - wie vom Krefelder Appell eindeutig aufgezeigt - den NATO-Aufrüstungsbeschluß politisch undurchführbar zu machen. (...) Die Verhinderung der Stationierung neuer NATO-Atomraketen eröffnet den Weg zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Raketenstationierung und Entspannungspolitik sind nicht miteinander vereinbar."

Durch die Installierung der Regierung des Rechtsblocks haben sich die ampfbedingungen gegen die geplante Raketenstationierung qualitativ verschlechtert. Dennoch ist die Frage der Stationierung noch nicht entschieden!

Mehr denn je gilt darum, die Einheit der Friedensbewegung zu wahren!

Mehr denn je geht es darum, von dieser Basis aus um die Mehrheit der Bevölkerung zu ringen!

Unumstrittener als zuvor ist die Notwendigkeit sich auf die Abwehr der Stationierung neuer US-Raketen im Friedenskampf zu konzentrieren.

Vor der Studentenbewegung stehen im Jahr 1983

höhere Anforderungen als bisher im Friedenskampf. Es gilt, die Mehrheit der Studenten sichtbar gegen die Raketenstationierung zu mobilisieren. Es gilt, das Gewicht der Studentenbewegung in der Friedensbewegung in Richtung auf deren weitere Einheit, Konsequenz und Hinwendung zur Mehrheit der Bevölkerung zum Tragen zu bringen.

Deswegen ringt der VDS-Vorstand um die weitere Verankerung der Studentenbewegung und der VDS als anerkannter Bestandteil der Friedensbewegung, beteiligt sich der VDS-Vorstand auf der politischen Linie der VDS an der Vorbereitung insbesondere der Aktionen im Herbst 1983.

In diesem Sinne wird der VDS-Vorstand beauftragt, auch andere Aktionsformen wie gewaltfreie Blockaden zu unterstützen.

Deshalb ringt die VDS, ihr Projektbereich und der Vorstand um die weitere Ausdehnung der Aktion "Atomwaffenfreie Hochschulen und Fachbereiche" mit dem Ziel, diese Aktion unter der Studentenschaft und bei anderen Hochschulangehörigen stärker zu verankern und so über die Hochschulen hinaus Ausstrahlung zu erzielen. Diese Ausstrahlung wird umso größer sein, je deutlicher sich diese Aktion in das Ringen um atomwaffenfreie Städte einreicht.

Auch wenn die Liquidierungsversuche des Bafög und die angeordnete Einführung von Studiengebühren eine eigenständige Qualität der Angriffe auf die Hochschulen markieren, nicht nur "Sparmaßnahmen" sind, steht doch die Aufgabe vor der Studentenbewegung und der VDS, den Abwehrkampf gegen diese Angriffe mit den notwendigerweise erhöhten Engagement im Friedenskampf im Jahr 1983 überein zu bringen. Es wird deswegen insbesondere im Wintersemester darum gehen, beide Schwerpunkte in einer Aktionsorientierung zu berücksichtigen. Dies sollte durch Urabstimmung vorbereitet werden, die neben der Abstimmung über eine Aktion zugleich ein deutliches Votum gegen die Raketenstationierung sein können; so kann der Gedanke der Volksabstimmung gegen die Raketen zumindest für einen sozialen Sektor ansatzweise realisiert werden.

Aktionsorientierung und Arbeitsaufträge:

Der VDS-Vorstand beteiligt sich an der Aktionskonferenz der Friedensbewegungen im April und wirkt dort im Sinne der friedenspolitischen Linie der VDS.

Die VDS unterstützen die Herbstaktionen der Friedensbewegung, sie unterstützen den Vorschlag für eine bundesweite Aktionswoche mit einer zentralen Massendemonstration in Bonn.

Die VDS, ihr Projektbereich und Vorstand unterstützen in Zusammenarbeit mit einzelnen ASten gewaltfreie Blockadeaktionen, die dazu dienen, auf die akute Gefahr der Stationierung hinzuweisen und die Ausstrahlungskraft der Friedensbewegung in der Bevölkerung erhöhen.

Es wird geprüft, ob die VDS in Zusammenarbeit mit anderen nationalen Studentenverbänden und dem ISB ein internationales

Camp in der Nähe eines Stationierungsorts organisieren kann. Die VDS unterstützt alle berufsspezifischen Friedensinitiativen wie der "Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn", der Künstler, Mediziner und ähnliche Aktivitäten.

Es wird geprüft, im Sommersemester eine Friedensaktionswoche durchzuführen, die unter anderem dazu dienen soll, die Aktion "Atomwaffenfreie Hochschulen und Fachbereiche" sichtbar auszudehnen, in der friedenspolitische Diskussionen und Großveranstaltungen durchgeführt werden, in der die Aktionshöhepunkte des Wintersemesters vorbereitet werden.

Die VDS unterstützen den Naturwissenschaftler-Kongreß für den Frieden am 2./3. Juli in Mainz.

Die VDS beteiligen sich am Krefelder Forum am 24./25.9.

Insgesamt lassen sich die VDS in ihrer hochschulspezifischen Friedensarbeit und in der Organisation des Anteils der Studentenbewegung am Friedenskampf von folgenden Grundgedanken leiten:

- im Mittelpunkt aller friedenspolitischen Arbeit muß der Protest gegen die geplante Raketenstationierung stehen.
- es gilt bei allem den Zusammenhang zwischen Bildungs- und Sozialabbau und Hochrüstung deutlich zu machen, auch von daher neue Zugänge zum Friedenskampf zu nutzen.
- es geht um die Organisation eines eigenen Beitrags der Studenten, ihrer Interessenvertretungsorgane, der Studentenbewegung überhaupt zum Friedenskampf.
- die Wissenschaft hat dem Frieden zu dienen, Studenten wollen für den Frieden lernen!

Die VDS bekräftigt ihre Forderungen:

- Keine Stationierung neuer Atomraketen!
- Rücknahme des "NATO-Doppelbeschlusses", die Bundesregierung muß ihre Zustimmung aufkündigen!
- Bildung statt Rüstung!
- Hochschulen für den Frieden!
- Keine Rüstungsforschung - Wissenschaft im Dienste des Friedens!
- Abrüstung in Ost und West!

3. Internationalismus

"HoChi Minh, Che Guevarra, Angela Davis, Salvador Allende, die Namen unzähliger Freiheitskämpfer im Nahen Osten, in der Türkei, in Südafrika, Nikaragua oder El Salvador sind mit der Geschichte der Studentenbewegung eng verbunden. Umfassende Interessenvertretung, das bedeutet für die VDS nach wie vor auch die Fortsetzung dieser Tradition, der antlimperialistischen Solidarität. Die bundesdeutschen Studentenschaften tragen hierbei eine besondere Verantwortung. Wissenschaftler aus der Bundesrepublik arbeiten mit den reaktionärsten Regimes zusammen. Überall wo Unterdrückung und Ausbeutung herrschen, sind die Markenzeichen bundesdeutscher Konzerne zu finden." Die Aufgabenstellung des Arbeitsprogramms 1982 der VDS, die hier ausgesprochenen Grundgedanken behalten ihre volle Gültigkeit für die internationale Arbeit der VDS. Es gilt vor allen Dingen, neben den dringendsten Aufgaben in der Hochschulpolitik und in der Mitarbeit in der Friedensbewegung in der Arbeit der VDS - wie in der Studentenbewegung insgesamt - noch Kraft freizusetzen für die dringend erforderliche internationale Solidarität. Die jüngsten Beschlüsse der US-Administration über eine verstärkte Intervention in El Salvador, die blutige Aggression Israels im Libanon und die Vertreibung der Palästinenser mit Unterstützung der USA, die weiter verschärfte Linie der offenen Unterstützung reaktionärster Regimes durch die US-Administration - auf der anderen Seite der weitere Aufschwung der Befreiungsbewegung in Mittelamerika, vor allem in El Salvador, die verstärkten Widerstandsaktionen in Südafrika, machen die internationale Solidarität nach wie vor zum Gebot der Stunde für die Studentenbewegung! Die internationale Solidarität spielt vor allem eine Rolle, um die drohende direkte Intervention der USA in Mittelamerika zu verhindern. Denn nach wie vor gilt: "Besonders deutlich wird der mörderische Charakter des US-Imperialismus z.Z. in seinem Kampf gegen die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika. Hier sollen Positionsverluste wieder rückgängig, bzw. vermeidbar gemacht werden. Langfristig heißt das: Zerstörung des Sozialismus auf Kuba und die Verhinderung weiterer Revolutionen auf dem Kontinent. Mittelfristig: Sturz der Volksregierung in Nikaragua und Grenada.

Kurzfristig: Niederschlagung des Befreiungskampfes der Arbeiter, Bauern und Studenten (El Salvador und Guatemala)." (Arbeitsprogramm 82)

Die VDS konzentriert sich deshalb in ihrer Solidaritätsarbeit weiterhin auf die Solidarität mit El Salvador. Sie erneuert ihre Forderungen: Anerkennung der FDR/ FMLN als politisch repräsentative Kraft in El Salvador! Keine Unterstützung der US-amerikanischen El Salvador Politik! Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum salvadorianischen Regime!

Die VDS unterstützt weiterhin die Arbeit ihres Bruderverbandes AGEUS, vor allem im Kampf um die Freilassung der Kommilitonin Anna Maria Gómez Gaviera.

Die VDS unterstützen die von der Uni San Salvador international durchgeführte "Immatrikulationskampagne", mit der als Akt der Solidarität sich Studenten symbolisch an dieser Universität immatrikulieren und von der Junta die Wiedereröffnung der Universität fordern.

Wir erneuern unsere Aussage aus dem 82er Aktionsprogramm: "Wenn die VDS die Solidarität mit den Völkern Zentralamerikas, besonders mit El Salvador, zum Schwerpunkt ihrer internationalistischen Aktivitäten machen, so bedeutet dies keinesfalls, daß nicht Aktivitäten von ASten zu anderen Bereichen der internationalen Solidarität unterstützt werden (Türkei, Naher Osten, Lateinamerika)." Deswegen führt die VDS die Zusammenarbeit mit dem ANC, mit den türkischen Demokraten, mit Befreiungsbewegungen fort. Sie nutzt dafür gezielt die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit dem ISB.

In diesem Sinne und auf Grundlage ihres Programms beteiligt sich die VDS am "European Meeting" der europäischen Dachverbände und entwickelt ihre weitere bilaterale Zusammenarbeit mit anderen studentischen Dachverbänden weiter. Sie bemüht sich vor allen Dingen um einen Informationsaustausch über die Friedensarbeit der studentischen Dachverbände und organisiert evtl. einen internationalen Workshop dazu.

In diesem Jahr liegt der Putsch in Chile 10 Jahre zurück. Die Lage in Chile hat sich nicht gebessert, noch immer "verschwinden" Oppositionelle, Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut sind die Folgen der brutalen Austeritätspolitik der Junta im Interesse der US-Großkonzerne und der chilenischen Oligarchie. Der 10. Jahrestag sollte für uns zum Anlaß der Wiederbelebung der Solidarität mit Chile werden. Wir rufen alle ASten auf, gemeinsame Aktivitäten mit dem ASK, der Unidad Popular und den örtlichen Solidaritätskomitees zum 10. Jahrestag zu initiieren: Kultur- und Diskussionsveranstaltungen, Spendensammlungen und andere Aktivitäten.

Die VDS wenden sich entschieden gegen jegliche Ausbeutung der 3. Welt durch internationale Konzerne, insbesondere der US-Monopole. Die VDS werden auch weiterhin die Zusammenarbeit von bundesdeutschen Konzernen mit militärischen, faschistischen und rassistischen Regimen die zur Ausbeutung des Menschen dieser Länder führen, aufdecken und in der Zeitung "umbruch" veröffentlichen.

Ginge es nach den Vorstellungen der Rechtsregierung, so sollten Frauen schon längst Beruf und Studium zugunsten "gleichberechtigter Mutterarbeit" und "sanfter Macht der Familie" aufgegeben haben. Die Rechtskräfte sind intensivst darum bemüht, Frauen an "Heim und Herd" zurückzudrängen. Dazu dienen ihnen Job-sharing, Erziehungsweld, Hausfrauenrente und der §218. Frauen sind in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit u. Sozialabbau betroffen. Diesem Verdrängungsprozeß aus Hochschule und Betrieb dient auch das massive Wiederaufleben der Verzichtpropaganda sowie reaktionärer Heim- und Herdideologie unter dem Deckmantel angeblicher "Wahlfreiheit" der Frauen zwischen Familie und Beruf und gleichberechtigter Anerkennung von "Mutterarbeit" und Berufstätigkeit. Schon innerhalb der relativ kurzen Zeit seit Regierungswechsel wurde deutlich, daß die CDU/CSU/FDP-Regierung eine neue Qualität in den Angriffen auf die Rechte der Frauen schafft. Das zeigt die Bafög-Darlehensregelung und geplante Einführung von Studiengebühren, die besonders viele Frauen aufgrund der schlechteren Berufsperspektive, besonderer Belastungen und dem herrschenden Frauenbild vom Studium abschrecken wird bzw. zum Studienabbruch führen wird. Reformen des Bildungswesens hatten u.a. wichtige Verbesserungen der Studiensituation von Frauen zur Folge gehabt. In dem rechten bildungspolitischen Konzept der Amerikanisierung und Eliteförderung statt Chancengleichheit ist für Frauen an den Hochschulen kein Platz vorgesehen. Für die Mehrheit der Frauen ist das Studium in Gefahr!

Die finanziellen Kürzungen im Hochschulbereich zugunsten des Hochrührungskurses treffen besonders die Studentinnen. Mühsam erkämpfte Frauenseminare und -projekte, Kinderkrippen, Frauenräume usw. fallen dem Rotstift zum Opfer. Studentinnen mit Kindern wird ein qualifiziertes Studium aufgrund der Bafög-Liquidierung und fehlender Einrichtungen zur Kinderbetreuung faktisch unmöglich gemacht. Frauenfeindlichkeit und diskriminierende Verhaltensweisen treten Studentinnen fast täglich im Hochschulalltag in offener oder versteckter Form entgegen. Undemokratische Studienbedingungen, verstärkter Leistungsdruck, Elitenmentalität und Konkurrenzdenken prägen die Erfahrungen von Frauen in spezifischer Weise.

Die Berufsperspektive der Hochschulabsolventinnen hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Der Frauenanteil unter den arbeitslosen Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen stieg z.B. von 28% (1975) auf 47% (1981). Gerade in den Bereichen, in denen Frauen überdurchschnittlich hoch vertreten sind (z.B. Sozialarbeit) setzt massiv der Rotstift der Wissenschaft in Forschung und Lehre klammern weitgehend die Interessen der Frauen aus.

Die geplante Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr bedeutet eine weitere Militarisierung der Gesellschaft. Die Dienstverpflichtung von Frauen im sogenannten "Verteidigungsfall" reiht sich nahtlos in das atomare NATO-Konzept ein.

Im Zuge politischer Rechtsentwicklung starten CDU/CSU sowie reaktionäre Kirchenkreise verstärkte Bemühungen in die Richtung, den §218 in seiner alten Form und Schärfe quasi durch die Hintertür wieder einzuführen (vgl. Urteil des Dortmunder Sozialgerichts über Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen und Vorlage beim BVerfG). Frauenfeindlichkeit und Gewalt gegen Frauen verschärfen sich mit zunehmender Krisen- und politischer Rechtsentwicklung. Lesbische Frauen sind hier von in besonderer Weise betroffen.

Angesichts dieser massiven Angriffe ist die entschlossene Gegenwehr der Frauenbewegung und sind gemeinsame Aktivitäten existenziell notwendig! Die Verteidigung bereits erkämpfter Rechte und Fortschritte gegen die Angriffe der Rechtskräfte stellt die derzeitige politische Hauptaufgabe dar. Offensichtlicher Ausdruck für diesen Protest sind die spezifischen Aktivitäten von Studentinnen gegen die Bafög-Gesetze (z.B. Frauentöpfe auf der Demonstration am 4.12.) und die Unterstützung der §218-Demonstration durch den PB Frauen. Insbesondere die Frauenkonferenz des PB Frauen im Jan. '83 an der FH Köln, an der sich über 550 Studentinnen aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligt haben, war sichtbarer Ausdruck der Sensibilität gegenüber Angriffen, der gemeinsamen Solidarität, Kampfbereitschaft und Stärke der Frauenbewegung an den Hochschulen. Das auf dieser Konferenz einstimmig verabschiedete Forderungsmanifest stellt eine klare Kampfansage dar und dient als politische Grundlage der weiteren Arbeit des PB Frauen. Für die Weiterentwicklung der Aktivitäten gegen den Abbau des Frauenstudiums, gegen Amerikanisierung, rechte Ideologien und Militarisierung schlägt der PB Frauen einen allgemeinen "Frauenprotesttag" im Sommersemester an den Hochschulen vor. An diesem Tag, über den endgültig im April auf einer bundesweiten Tagung beschlossen werden soll und der unter der Losung steht "Frauen halten nicht still, wenn man Euch verdrängen will", sollen Aktionen und Veranstaltungen einen Beitrag zur Durchsetzung der auf der Frauenkonferenz entwickelten Forderungen leisten. Ziel eines solchen Tages ist es, den Protest von Frauen öffentlich zum Ausdruck zu bringen, die politisch Verantwortlichen mit den Forderungen konfrontieren, Initiativen zur Verbesserung des Hochschulalltags zu starten und noch mehr Studentinnen in diese Aktivitäten miteinbeziehen.

Die Mitgliederversammlung der VDS

- unterstützt die Forderungen des auf der Frauenkonferenz verabschiedete Forderungsmanifestes und entsprechende Aktivitäten an den Hochschulen zu ihrer Durchsetzung. Er trägt aktiv mit bei zur weiteren Verankerung und Verbreiterung des Manifestes in der Studentenschaft.

- unterstützt den auf der letzten 22 Frauen-Tagung Vorschlag eines "Frauenprotesttages" des FFrauen an den Hochschulen und fordert alle ASTEN auf, Frauenreferate und -gruppen bei der Vorbereitung und Durchführung entsprechender Aktivitäten tatkräftig zu unterstützen.

- unterstützt weitere Aktivitäten gegen die Angriffe auf den reformierte §218 sowie auf pro familia Beratungsstellen und Modellkliniken.

- fordert den VDS-Vorstand auf, noch stärker als bisher in öffentlichen Stellungnahmen und Publikationen frauenspezifische Aspekte und Forderungen zu berücksichtigen.

- fordert die einzelnen Fachtagungen und andere Projektbereiche auf, soweit dies nicht bereits geschehen ist, Arbeitsgruppen zur besonderen Situation der Frauen einzurichten und zu unterstützen.

- unterstützt weitere Aktivitäten gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr und sogen. zivile Dienstverpflichtung von Frauen.

5. Demokratische Rechte

Im Arbeitsprogramm 82 heißt es: "Der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte hat der Studentenbewegung, gerade aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte - dem Wirken der akademischen Intelligenz in der Weimarer Republik - prinzipiellen Charakter. Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte heißt also immer, diejenigen Tendenzen in konkreten Fragen wie z.B. Demonstrationsrecht oder Hausbesetzungen zu bekämpfen, die demokratische Errungenschaften gefährden. Im wachsenden Widerspruch zum Abbau demokratischer Rechte steht die größere Beteiligung immer größerer Bevölkerungsteile an der Politik und der Politisierung zu politischen und neuen sozialen Bewegungen.

Den Abbau demokratischer Rechte prägen besonders zwei allgemeine Tendenzen:

1. Die Aushöhlung allgemeiner Verfassungsprinzipien durch Einzelgesetze und Verordnungen (z.B. Münsteraner OVG-Urteil),
2. Eigeninteressen staatlicher Bürokratie an "Ruhe und Ordnung". Bei Durchsetzung des Aufrüstungskurses und Bildungs- und Sozialabbaus. Ein breites Bündnis ist wichtig gegen den Abbau demokratischer Rechte, da er immer auch ein Kampf um bürgerliche Rechte ist und daher auch bürgerliche Kräfte (wie z.B. christliche Gruppen einschließen muß.

Auch an den Hochschulen verstärkt sich mit dem zunehmenden Widerstand der Studenten wieder die Urteile zum Politischen Amt, Strafanzeigen und Ordnungsrechtsverfahren gegen aktive Interessenvertreter. In Baden-Württemberg sind massive Ordnungsrechts- und Strafverfahren durchgeführt worden. In Heidelberg wurden mehrere Studenten zu hohen Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt - weitere Urteile stehen noch aus.

In Marburg wurden ehemalige ASTA-Vertreter in erster Instanz zu drei bis acht Monaten zur Bewährung auf drei Jahre verurteilt. - weitere Verfahren stehen noch aus.

Die Unterstützung der Betroffenen, die Information der Öffentlichkeit durch die VDS ist dringend erforderlich."

Schon unter der sozialliberalen Regierung gab es brutale Polizeieinsätze gegen Demonstranten, Strafanzeigen gegen Interessenvertreter. Die Berufsverbotepraxis wurde von der sozialliberalen Regierung eingeführt und nie wirklich beendet.

Von der Rechtskoalition soll der staatliche Gewaltapparat jetzt weiter ausgebaut werden, der Abbau demokratischer Grundrechte wird forciert. Die Einschränkung des Demonstrationsrechtes in Baden-Württemberg (Kostenübertragung auf Teilnehmer von Demonstrationen) und bundesweit, der Versuch verstärkter Kriminalisierung von Demonstrationen (Schubart-Urteil, Brokdorf-Prozesse), die Durchsuchung von Zeitungsredaktionen, dienen der Einschüchterung aller fortschrittlichen Kräfte. Gleichzeitig soll die Berufsverbotepraxis verschärft und intensiviert werden. Die CDU fordert von den Staatsschutzbehörden, diese "noch stärker darin zu unterstützen, das Netz der Unterwanderung unseres Staates durch Verfassungsfeinde personell und materiell aufzuklären und offenzulegen." (Thesen der CDU für die Innere Sicherheit vom August 82).

Diese Entwicklungen zeigen deutlich: der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte muß in der Arbeit der VDS und der ASTen in der

nächsten Zeit wieder einen höheren Stellenwert bekommen.

- + Die VDS unterstützt die Forderung nach einer Amnestie aller wegen politischer Betätigung verurteilten fortschrittlichen Studenten und Studentinnen seit Inkrafttreten des HRG und nach Einstellung der laufenden Prozesse gegen fortschrittliche Studenten.
- + Die VDS fordert keine Einschränkung des Demonstrationsrechtes
- + Weg mit den Berufsverboten! Der Ministerpräsidentenbeschluss und alle folgenden Erlasse sind ersatzlos aufzuheben, Aufhebung aller Berufsverbote und Rehabilitierung der Betroffenen, Beendigung der Bespitzelung und Überwachung demokratischer Aktivitäten, Organisationen und Parteien.
- + Die VDS arbeiten weiterhin in der Initiative gegen Berufsverbote mit und unterstützen deren Aktivitäten im Rahmen ihrer organisatorisch-finanziellen Möglichkeiten, sowohl politisch, publizistisch als auch materiell.
- + Es wird ein Projektbereich Repression gegründet.

6. Antifaschismus

In der Geschichte der Studentenbewegung und der Arbeit der Verfaßten Studentenschaft haben antifaschistische Aktivitäten eine gute Tradition. Diese in der Studentenschaft zu verbreitern und weiter zu entwickeln, ist eine hohe Verantwortung der VDS und der ASTen.

Rechtsradikale und neofaschistische Kräfte haben in den letzten Jahren ständig an Zuwachs gewonnen. Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der BRD gibt diesen Kräften weiteren Nährboden für ihr Treiben. Unter der neuen Rechtsregierung haben objektiv Alt- und Neufaschisten weiter verbesserte Möglichkeiten zu agieren. Als Beispiel sei genannt das ausländerfeindliche Programm der Rechtsregierung, das den faschistischen Gruppen in ihrer Neo-SA-Propagandapolitik Unterstützung liefert.

Im Bundesgebiet stellen sich neofaschistische Gruppen zu Wahlen. Die Listen zum "Ausländerstop", die in Kiel und Hamburg mehr als 3 % der Wählerstimmen bekamen, sind Ausdruck des Erfolges faschistischer "Sündenbockideologie". Weisen die Hamburger Wahlen im Dezember 1982 zwar "nur" noch 0,4 % Stimmenanteil für die HLA aus, bleibt aber festzustellen, daß die Stimmenverluste weitgehendst an die CDU übergegangen sind.

Auch an den Universitäten versuchen faschistische Organisationen weiteren Vormarsch zu halten. Haben wir im VDS-Arbeitsprogramm 82 den rechtsradikalen Kräften an unseren Hochschulen den "ampf angesagt und als konkretes Arbeitsvorhaben der VDS die Verbreiterung von Informationen über die Initiatoren um das Umfeld des sog. "Heidelberger Manifestes" zur Aufgabe gestellt, so ist es dennoch dem faschistischen RFS an der Universität Köln gelungen, mit 122 Stimmen einen Sitz im Studentenparlament zu bekommen. Auch an anderen Hochschulorten treten neofaschistische Gruppen immer offensiver und aggressiver auf (z.B. kandidiert in München der NHB und in Münster gibt es Listenverbindungen zwischen RCDS und RFS).

Nach wie vor wird das Treiben rechtsradikaler und neofaschistischer Kräfte von Seiten staatlicher Organe in aller Regel ignoriert, geduldet oder systematisch verharmlost.

Auch auf den massiven Druck der demokratischen Öffentlichkeit in In- und Ausland zustandekommene Verbot der "Wehrsportgruppe Hoffmann" und der "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" ändert an dieser Feststellung nichts. Im Gegenteil: die halbherzige Handhabung der Verbote durch die Innenministerien sowie von der Justiz ausgestellte juristische Freibriefe ermuntern neofaschistische Gewalttäter geradewegs zu neuen Straftaten. Nach dem Verbot der "Wehrsportgruppe Hoffmann" haben sich die Neofaschisten neu organisiert. Heute haben sie ihr "Aktionsfeld" nach Fulda verlagert und bislang hat die Justiz hier noch nicht agiert. Für faschistische und faschistoide Menschenverächter darf es keine Freiheit für ihre gefährliche Tätigkeit geben.

Die VDS fordern:

- sofortiges Verbot und Auflösung aller neofaschistischer Organisationen entsprechend dem Auftrag und den Bestimmungen des Grundgesetzes
- sofortige Suspendierung der Unterzeichner des "Heidelberger Manifestes" und Einleitung von Untersuchungsverfahren mit dem Ziel der endgültigen Entfernung dieser Hochschullehrer aus dem Dienst.